

Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung. Band I. [Immanuel Geiss]

Autor(en): **Boesch-Jung, Joseph**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **14 (1964)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

inoportun, et qu'à son départ la trop fameuse Affaire assourdit la France et le monde, tout cela n'a joué qu'un rôle insignifiant dans la carrière de Gabriel Hanotaux. Le très grand intérêt de son long passage aux Affaires étrangères n'a rien à voir avec la lutte entre la droite et la gauche françaises, mais bien avec la certaine Grande Politique européenne d'où sortirent deux guerres mondiales et dont les derniers effets ne sont peut-être pas terminés encore. M. Iiams comprend et fait comprendre qu'un problème unique se posait alors au gouvernement français (quoiqu'il le morcèle en plusieurs chapitres, sur la Tunisie, l'Extrême-Orient, l'Égypte, les Balkans). La France n'acceptait pas l'annexion des «provinces perdues»; mais, contre l'Allemagne, il lui fallait un allié; or, cet allié, la Russie (*The dual Alliance*), vivait en entente cordiale avec l'Allemagne. *Paradoxically the Alliance that in the minds of most Frenchmen was to help them recover Alsace and Lorraine, tied France so closely to Russia that when the Tsar's policy involved good relations with Germany it included France in these relations.* Ainsi, lorsque la marine française participa, en 1895, à cette parade triomphale de la marine allemande que fut l'ouverture du canal de Kiel; participation acceptée pour éviter de déplaire au jeune tsar, mais où les mouvements de l'escadre française furent calculés de façon à lui éviter de hisser les couleurs impériales!

Les risques pour le prestige français étaient bien plus grands en Afrique qu'à Kiel. L'alliance russe ne pouvait faire espérer aucune aide contre l'Angleterre dans une rivalité où l'opinion publique réclamait toujours plus de succès. Pour contrebalancer le souvenir des concessions faites en Égypte, l'expédition Marchand fut lancée, mal. Son échec à Fachoda est bien connu. Mais on ignore généralement les ouvertures faite par tel diplomate de Guillaume II à tel autre de la Troisième République. Si celle-ci avait accepté de reconnaître définitivement l'annexion de l'Alsace-Lorraine, en échange de l'appui de l'Allemagne contre l'Angleterre en Afrique, le cours de l'histoire eût changé beaucoup plus certainement que par la forme du nez de Cléopâtre! Le ministère Hanotaux se trouve placé à la dernière croisée entre les alliances qui se firent et celles qui auraient pu se faire. La sagacité avec laquelle M. Iiams en suit les péripéties ne peut manquer d'intéresser amateurs et spécialistes.

Lausanne

Cécile-René Delhorbe

IMANUEL GEISS, *Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung.* Band I. Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Hannover 1963. 442 S.

Seit Fritz Fischer vor nunmehr zwei Jahren sein rasch berühmt gewordenes Werk «Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland» (Düsseldorf 1961) veröffentlichte, hat die Diskussion um Gehalt und Charakter des wilhelminischen Deutschland und seiner

Politik eine unerwartete Heftigkeit und Breite erhalten. Die Äußerungen der führenden Historiker zu den unsere bisherige Auffassung fast ganz umstoßenden Thesen Fischers füllen die ganze Spannweite von schärfster Ablehnung (zum Beispiel Gerhard Ritter in der «Historischen Zeitschrift» 194, S. 646—668) über vorsichtig differenzierte Ablehnung (zum Beispiel Josef Engel in «Geschichte in Wissenschaft und Unterricht» 14, S. 517—526) bis zu fast vorbehaltloser Zustimmung (zum Beispiel Klaus Epstein in «World Politics» 15, S. 163—184). Ein Teilaspekt der ausgedehnten Diskussion, die Fischers kühnes Buch auslöste, ist die neuerdings in Gang gekommene Auseinandersetzung über das, was die Zwischenkriegszeit als «die Kriegsschuldfrage» bezeichnete — und dies nur ein einziges Jahr nachdem jener Streit mit G. Ritters überlegener Darstellung («Staatskunst und Kriegshandwerk», Band II, München 1960) seinen endgültigen Abschluß gefunden zu haben schien. Allerdings muß sofort beigefügt werden, daß Ritters Wertung auch noch keine wirkliche *communis opinio* zu schaffen vermocht hatte, da sich in der außerdeutschen Historiographie doch die von Ritter entscheidend abweichende Auffassung von Luigi Albertini («Le origine della guerra del 1914», Milano 1942—1943; englische Ausgabe London-New York-Toronto 1952—1957) behauptete. Auf Albertini stützte sich auch Fischer, der im Ersten Weltkrieg einen durch Deutschland ausgelösten Hegemonialkrieg sieht (wenn es zulässig ist, eine auf Hunderten von Seiten dargelegte wissenschaftliche These derart zu vergrößern und zu vereinfachen).

Das Werk Fischers befaßt sich allerdings nur einleitend direkt mit den Kriegsursachen von 1914, man wird aber J. Engel (a. a. O., S. 521) zustimmen dürfen, daß dieses «Kapitel über die Julikrise für das gesamte Buch und dessen Hauptthesen schlechthin das wichtigste Stück der Argumentation darstellt.» In diesen Rahmen muß die hier anzuzeigende Dokumentensammlung hineingestellt werden. Imanuel Geiß ist bereits früher mit einer Arbeit an die Öffentlichkeit getreten, die als Teilstudie zu dem ein Jahr später erschienenen Werk Fischers anzusehen ist: «Der polnische Grenzstreifen 1914—1918, ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg» (Lübeck und Hamburg 1960). Jene Untersuchung hat in den deutschen Fachzeitschriften eine ähnlich scharfe und stark emotional getragene Ablehnung erfahren wie darnach Fischers «Griff nach der Weltmacht»; aber auch nach sorgfältiger Lektüre all dieser Kritik möchte der Schreibende an der seinerzeit gegebenen überwiegend positiven Würdigung (SZG 11/1961, S. 118—120) festhalten. Mit der Dokumentensammlung zur Julikrise 1914 will Geiß wiederum seinen Lehrer Fischer sekundieren und zugleich wesentliche Vorarbeit für künftige Auseinandersetzungen leisten, denn ohne Zweifel wird die Diskussion um Fischers Thesen sich vor allem auf die Frage der Kriegsursachen konzentrieren.

Geiß setzte sich das Ziel, alle wesentlichen und in zahlreichen Quellenwerken zerstreuten Dokumente in streng chronologischer Ordnung zusam-

menzufassen und damit ihre wissenschaftliche Benutzung zu erleichtern. Der erste Band umfaßt 396 Dokumente der Zeit vom 28. Juni bis zum 25. Juli, zum allergrößten Teil amtliche Akten, ganz vereinzelt auch Auszüge aus Memoiren oder Tageszeitungen. Fast alle diese Dokumente sind schon einmal durch Druck der Forschung zugänglich gemacht worden, nur sechs Nummer (10, 84, 102, 137, 342 und 360) sind bisher unedierte Stücke aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes. Der zweite Band wird 600 bis 700 weitere Dokumente (vom 26. Juli an) bringen; die ganze Sammlung wird also etwa einen Fünftel der bisher überhaupt publizierten Akten enthalten. Es stellt sich somit fürs erste die Frage nach der Gültigkeit der Auswahl. Der eingangs geschilderten Veranlassung und Zielsetzung dieser Edition entsprechend, wurden praktisch lückenlos alle jene Stücke aufgenommen, die geeignet sind, ein Licht auf die deutsche Politik und ihr Verhältnis zur österreichischen zu werfen; auch die wenigen Erstpublikationen beschlagen diesen Problemkreis. Dagegen treten die Erwägungen der Diplomaten und Staatsmänner der übrigen Mächte viel weniger profiliert hervor; über die Haltung der Mittel- und gar der Kleinstaaten während der Julikrise ist der Dokumentensammlung fast nichts zu entnehmen. Dieser Hinweis erfolgt keineswegs im Sinne eines Vorwurfes; der Benutzer muß sich aber doch darüber klar sein, daß er in erster Linie die einschlägigen Akten zum Thema «Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn während der Julikrise» vor sich hat.

In rein methodischer Hinsicht ist zu beklagen, daß sämtliche Dokumente in deutscher Sprache wiedergegeben werden; bei den in englischer oder französischer Sprache abgefaßten wäre doch dem Original der Vorzug vor der Übersetzung zu geben gewesen. Solange nur der erste Band vorliegt, wird die Benutzung dadurch erschwert, daß noch kein Register vorhanden ist. Die Anordnung des Verzeichnisses der Dokumente ist wenig glücklich: es ist, den acht Kapiteln des Bandes entsprechend, in acht Teilstücke auseinandergerissen und jeweils den (zum Teil ansehnlich umfangreichen) Einleitungen zu diesen Kapiteln nachgestellt, ohne aber im Inhaltsverzeichnis gesondert aufgeführt zu sein. Wenn wenigstens fortgeführte Seitentitel (lebende Kolumnentitel) vorhanden wären, würde die rasche Benutzung wesentlich erleichtert. Diese formalen Beanstandungen vermögen allerdings die Hauptsache nicht zu überschatten: In dem Augenblick, in dem die Diskussion um die Haltung des kaiserlichen Deutschlands während der Julikrise neu aufflammt, liegt nun eine Edition sämtlicher einschlägiger Akten vor, die bisher nur weit zerstreut in zum Teil längst vergriffenen und selbst auf öffentlichen Bibliotheken nur schwer erhältlichen Sammlungen vorhanden waren.

Ist die von Geiß nun ermöglichte Schau des Ganges der deutschen Politik während der Tage und Wochen der Julikrise geeignet, die These Fischers vom hegemonialen Kriegswillen dieses wilhelminischen Deutschlands zu stützen? Mit aller Vorsicht wird man festhalten dürfen, daß wenigstens dreierlei klar aus dieser Dokumentensammlung hervorgeht: Erstens ist für

die Herausbildung des eigentlichen Kriegswillens bei Berchtold die deutsche Haltung entscheidend gewesen. Noch am 30. Juni schrieb der deutsche Botschafter Tschirschky aus Wien: «Hier höre ich . . . vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. . . . Ich benutze jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.» Bereits am 4. Juli aber ließ der gleiche Tschirschky das österreichisch-ungarische Ministerium des Äußern durch einen Mittelsmann wissen, «Deutschland würde die Monarchie durch dick und dünn unterstützen, was immer dieselbe auch gegen Serbien beschließen sollte». Die Akten geben uns keine Erklärung für diesen jähen Umschlag vom «Abwiegen» zum «Aufwiegen», aber es ist mehr als wahrscheinlich, daß Tschirschky sofort Kenntnis erhielt von den abfälligen kaiserlichen Marginalien zu seinem Bericht vom 30. Juni: «wer hat ihn dazu ermächtigt? das ist sehr dumm! geht ihn gar nichts an. . . . Mit den Serben muß aufgeräumt werden, *und zwar bald*. . . .» Die gleiche kriegsentschlossene Haltung Deutschlands wurde dann am 5. Juli in der berühmten Unterredung Wilhelms II. mit Szögyény für Österreich manifest; die Erkenntnis von dieser deutschen Entschlossenheit hat erst, das machen die Quellen sehr deutlich, den Kriegswillen bei dem anfänglich eher zögernden und unsicheren Berchtold geschaffen.

Zweitens erlaubt — und das ist gerade im Hinblick auf die folgenschwere Potsdamer Unterredung vom 5. Juli sehr wichtig — der ständige Vergleich der Aktenstücke bei Geiß die Feststellung, daß Szögyény die Wiener Regierung zutreffend und sachlich über die Haltung und Auffassung der deutschen Reichsregierung unterrichtete. In der bisherigen Literatur dagegen wurde stets ein wesentlicher Anteil der «persönlichen Kriegsschuld» auf diesen Botschafter gewälzt, indem ihm irreführende Berichterstattung vorgeworfen wurde.

Drittens ist die aus den amtlichen deutschen Akten zu stützende und in der Literatur stets wiederholte Auffassung nicht länger haltbar, wonach die deutsche Reichsregierung vom Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien erst Kenntnis erhalten habe, nachdem es fertig ausgearbeitet und praktisch nicht mehr revozierbar war, am 22. Juli abends, also nur etwa 20 Stunden vor seiner Überreichung in Belgrad. Denn schon am 20. Juli erfuhr der badische Geschäftsträger in Berlin auf dem Auswärtigen Amt den Inhalt der entscheidenden, der den Krieg unvermeidlich machenden Forderung: «Serbien soll dulden, daß eine [österreichisch-ungarische!] Kommission auch auf serbischem Gebiete eine Untersuchung über die Ursachen führt, die den Tod des österreichischen Thronfolgerpaares zur Folge hatten» (Dokument Nr. 167, erstmals veröffentlicht bei August Bach: Deutsche Gesandtschaftsberichte. . . ., Berlin 1937). Es kann also nicht mehr davon die Rede sein, daß die Stellung solcher Forderungen, deren Erfüllung Serbiens Existenz als souveräner Staat ausgelöscht hätte, einzig und allein in die österreichische Verantwortung fällt. Zum mindesten

bestand schon in statu nascendi dieses Ultimatums eine Mitwisserschaft der deutschen Reichsregierung, auch wenn dies im amtlichen Verkehr der Botschafter ebensowenig Niederschlag fand wie die mit größter Wahrscheinlichkeit zu vermutende Zurechtweisung Tschirschkys in den ersten Julitagen. Daß aber zwei entscheidende Vorgänge aktenmäßig überhaupt nicht nachweisbar sind, nur indirekt erschlossen werden können, macht es doch wohl zulässig, auch anderswo diplomatische Tätigkeit zu vermuten, die nicht aktenkundig wurde, insbesondere wenigstens im Sinne einer Hypothese den Gedanken zu erwägen, ob sich die Rolle des Deutschen Reiches bei der Ausarbeitung des kriegsuchenden Ultimatums auf bloße Mitwisserschaft beschränkte.

Das sind sehr wesentliche Ergebnisse der von Geiß herausgegebenen und auch umfangreich und sorgfältig kommentierten Dokumentensammlung, Ergebnisse, die es unausweichlich machen, erneut die Rittersche Auffassung über den Verlauf der Julikrise mit jener Albertinis und Fischers zu konfrontieren. Wenn der Schreiber vor zweieinhalb Jahren an dieser Stelle (SZG 11/1961, S. 93) dem Urteil Peter Stadlers über Ritters Darstellung der Julikrise («daß viele Kapitel, ja ganze Werke der sogenannten Kriegsschuldforschung durch dieses Buch wohl für immer überholt sein werden») entschieden beipflichtete, so wünscht er heute, er hätte damals einige Vorbehalte angebracht.

Aarau

Joseph Boesch-Jung

ANDREW TULLY, *Die unsichtbare Front. Hinter den Kulissen des amerikanischen Geheimdienstes*. Deutsche Übersetzung von H. Giese. Verlag Alfred Scherz, Bern-Stuttgart-Wien 1963. 295 S.

Der Verfasser hat lange mit dem Weißen Haus und dem Geheimdienst (United States Central Intelligence Agency = CIA) zusammengearbeitet. Pressesekretär Salinger, Allen W. Dulles (Leiter der CIA bis 1961) sowie Parlamentarier und Beamte des USA-Verteidigungsdepartements lieferten Unterlagen. Man bekommt viele bisher unbekannte Tatsachen und Zusammenhänge zur Kenntnis und erfährt erstmals, wie der USA-Geheimdienst während den letzten 15 Jahren in die Weltpolitik eingegriffen hat.

Angesichts des gründlich arbeitenden sowjetischen Geheimdienstes sahen sich die USA nach dem 2. Weltkrieg gezwungen, ihren Nachrichtendienst auszubauen. Dieser ist jetzt in Langley (Virginia) in einem der größten Amtsbauten der USA einquartiert. Es sollen um 10 000 Mitarbeiter verpflichtet sein, und das Jahresbudget erreicht 1 Milliarde Dollar. Aber «Wissen ist niemals zu teuer bezahlt» (Sir Francis Walsingham)!

Die Tätigkeit der CIA muß uns um so mehr interessieren, als einer ihrer fähigsten und kühnsten Agenten während des 1. und 2. Weltkrieges aus Bern operierte, Allen W. Dulles. Der Verfasser schildert die Aktivität